

vorwärtsEXTRA



SCHULBUSSTREIT: WIR HABEN UNS DURCHGESETZT



Ein politischer Salto des CDU-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten bringt die Schülerbeförderung wieder auf die Ta-

Die Einsicht kam im fernen Indien. Über Medienberichte gab der Ministerpräsident die Kehrtwende bekannt: Die 30-Prozent-Beteiligung der Eltern an den Kosten für die Schülerbeförderung soll aus dem Schulgesetz wieder gestrichen werden.

Was jetzt per Dringlichkeitsantrag vom CDU-Landesparteitag gekippt wurde, hatten die Spitzen der Landes-CDU ein Jahr lang gegen alle Argumente verfochten. 30 Prozent der Kosten für den Schulbus sollten die Eltern bezahlen – gesetzlich verankert und von den Kreisen zu exekutieren.

Doch die Union zeigte sich in dieser Frage uneins. Wäh-

rend die Landesebene die Eltern zur Kasse bitten wollte, sahen sich die konservativen Kommunalpolitiker zusehends unter Druck.

Gegenwind für Carstensen

Ausgerechnet die CDU-Kreistagsfraktion in der nordfriesischen Heimat von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen machte den Bruch öffentlich. Der Westküsten-Kreistag kippte seine vor kurzem beschlossene Satzung und forderte das Land auf, das Gesetz wieder zu ändern.

Gegenwind für Carstensen

Ausgerechnet die CDU-Kreistagsfraktion in der nordfriesischen Heimat von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen machte den Bruch öffentlich. Der Westküsten-Kreistag kippte seine vor kurzem beschlossene Satzung und forderte das Land auf, das Gesetz wieder zu ändern.

Mit ihrem Parteitagsbeschluss ist die CDU auf die Linie der SPD eingeschwenkt. „Die SPD war immer der Auffassung, dass eine stärkere Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten bildungspolitisch falsch und sozial ungerecht ist“, erläutert Landesvorsitzender Ralf Stegner.

Deshalb hat der SPD-Landesparteitag im März dieses Jahres beschlossen, eine Änderung des Schulgesetzes im Landtag herbeizuführen. In den Verhandlungen im Koalitionsausschuss hat die CDU dies nicht nur schroff abge-

lehnt und auf eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten bestanden, sondern in diesem Zusammenhang auch eine heftige Koalitionskrise im September herbeigeführt.

Große Koalition fortführen

In den anstehenden Koalitionsgesprächen muss nun der weitere Weg festgelegt werden. „Wir wollen die Große Koalition bis 2010 fortführen und die nächsten zweieinhalb Jahre nutzen, um für Schleswig-Holstein existenzielle Bereiche weiter

voranzubringen“, stellt die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Bettina Hagedorn klar. Haushaltskonsolidierung, Verwaltungsstrukturreform, die Fortsetzung der Bildungsreformen seien die zentralen Vorhaben. „Bei der Verwaltungsstrukturreform kann man über alles reden, nicht aber über eine Flucht aus der Verantwortung durch Verschieben in die nächste Legislaturperiode“, ermahnt Bettina Hagedorn den Koalitionspartner.

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Schleswig-Holstein begrüßen die Kehrtwende der CDU. SGK-Landesvorsitzender Andreas Breitner kündigt Initiativen in den Kreistagen an. ■

Jessica und Kevin sind die traurigen Beispiele für Kinder, die von ihren Eltern vernachlässigt wurden – mit schlimmsten Folgen. Leider gibt es viele Kinder, deren Risiko der Erkrankung und der seelisch-körperlichen Schädigung groß ist, da es ihnen an adäquater Begleitung und Fürsorge in ihren Familien fehlt. Die Folgen sind negative Schulkarrieren, Schulverweigerung, Gewaltverhalten, Suchtverhalten, soziale Auffälligkeiten und Isolation, Schwierigkeiten in Bindungsverhalten und Konfliktsituationen.

Kinder schützen – Eltern helfen

Schleswig-Holstein verabschiedet als erstes Bundesland ein Kinder- und Jugendschutzgesetz. *Von Wolfgang Baasch, MdL.*

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag im November ein Kinder- und Jugendschutzgesetz verabschiedet, das auf den Säulen Prävention, Früherkennung, Intervention basiert. Es wurde wesentlich von der SPD-Seite formuliert und geprägt. Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland mit einem solchen Gesetz und damit Vorreiter beim verbesserten

Schutz von Kindern und Jugendlichen. Das Gesetz tritt am 1. April 2008 in Kraft.

Anleitung statt Strafe

Es sieht vor, Eltern und Familien umfassende, niedrigschwellige und zugängliche Hilfsangebote zu machen, ein engmaschiges Frühwarnsystem aufzubauen und die verschiedenen Akteure eng zu vernetzen.

Familien können frühzeitig mit gesundheitlichen und pädagogischen Hilfen unterstützt werden. Greift Prävention zu kurz, sind die Interventionsmöglichkeiten klarer strukturiert und verbessert.

Überforderte Eltern sollen nicht bestraft, sondern frühzeitig unterstützt und angeleitet werden. Das Gesetz ist geprägt von einem

grundlegenden Verständnis für die alltägliche Praxis im Bereich der Familien- und Jugendhilfe und bezieht medizinische Aspekte mit ein. Wir werden nun gemeinsam mit der kommunalen Ebene dafür sorgen, dass dieses Gesetz umgesetzt wird, damit umfassender Schutz von Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden kann.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Soziales der SPD-Landtagsfraktion stehen den Parteigliederungen für Gespräche und Veranstaltungen zu diesem Thema gerne zur Verfügung. ■

STEGNER IM PRÄSIDIUM

Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner ist vom Parteivorstand in das Präsidium der SPD gewählt worden. Damit ist erstmals seit Björn Engholm wieder ein Schleswig-Holsteiner das Präsidium gewählt worden. ■

13. WILLY-BRANDT-FORUM IN LÜBECK

Am 4. November 2007 veranstaltete der SPD-Kreisverband Lübeck das 13. Willy-Brandt-Forum. In diesem Jahr erinnerte der Kieler SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Rolf Fischer an den ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, Hermann Lüdemann. Er war eine prägende Figur – auch in der Zeit bevor er Ministerpräsident wurde. 1918 wirkte er daran mit, dass die neue Republik eine parlamentarische Staatsform erhielt. ■

PARTEIKONFERENZ Sozialdemokratische Perspektiven für Schleswig-Holstein

12. Januar 2008
10 bis 14 Uhr
Rendsburg
Kulturzentrum
Hohes Arsenal



EHRUNG FÜR ROSA WALLBAUM



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (rechts) und Kieler SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer würdigen auf der traditionellen Mitgliederehrung die über 90-jährige Rosa Wallbaum für 75 Jahre Mitgliedschaft in der SPD. Die Jubilarin berichtete über ihre Teilnahme an der Kieler „Kinderrepublik Seekamp“, die vor 80 Jahren in Schilksee stattfand. An diesem historischen Zeltlager, das nach demokratischen Regeln organisiert war, nahmen über 2000 Kinder teil. ■

NEUE PERSPEKTIVEN

Perspektiven sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein sollte eine Regionalkonferenz des SPD-Landesverbands am 31. Oktober in den Lübecker Media-Docks ausloten. 80 Genossinnen und Genossen diskutierten zwei Stunden lang in drei Foren zentrale politischen Herausforderungen.

Die Regierungsarbeit der SPD bis 2010 wurde von den

Ministerinnen Ute Erdsiek-Rave und Gitta Trauernicht vorgestellt. Über die SPD vor der Kommunalwahl informierten Landesgeschäftsführer Christian Kröning und Lübecks Kreisvorsitzender Wolfgang Baasch. „Unser Profil in Land und Bund“ diskutierten Lothar Hay, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Landesvorsitzender Ralf Stegner.



Lothar Hay, Gitta Trauernicht, Ralf Stegner, Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm und Wolfgang Baasch nahmen Anregungen der Parteibasis von der Regionalkonferenz auf.

ERFOLGE FÜR DEN NORDEN

Gute Nachrichten für Schleswig-Holstein: In den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr gibt es beachtliche Erfolge für den Norden zu verzeichnen.

Seit zwei Jahren arbeitet das Maritime Schulungs- und Trainingszentrum der Bundespolizei in Neustadt. Auf Betreiben der zuständigen Berichterstatterin im Haushaltsausschuss, der ostholsteinischen Abgeordneten Bettina Hagedorn, wurden

jetzt 800 000 Euro sowie vier Fachlehrer bewilligt.

Seit 2004 üben sich Schleswig-Holsteins Schüler erfolgreich im Regieren – wenn auch nur im virtuellen Raum. Das erfolgreiche Konzept der „Ecopolicyade“ geht nun bundesweit an die Schulen. In den Haushaltsverhandlungen hat die SPD dafür 200 000 Euro durchgesetzt.

Die deutsche Minderheit in Dänemark kann sich über eine Erhöhung ihrer Mittel um 100 000 Euro freuen. Für

den Bund deutscher Nord-schleswiger hat der Haushaltsausschuss ein wichtiges Zeichen der Anerkennung für die Integrationsarbeit auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze gesetzt. Obwohl der Haushaltsentwurf Schäubles eigentlich eine Kürzung um 50 000 Euro vorsah, hat die SPD mit ihrem Antrag einen deutlichen Aufwuchs in der Minderheitenförderung erreicht. ■

MIKROKREDIT

In Indien und Afrika sind „Mikrokredite“ ein erprobtes Mittel zur Armutsbekämpfung. In Deutschland dagegen gibt es Menschen, die nicht einmal ein Konto eröffnen können, geschweige denn einen Kredit erhalten. Sie haben kaum eine Chance, aus eigener Initiative eine Existenz zu gründen. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg hatte die Idee, Mikrokredite auch in Deutschland anzubieten. Jetzt haben die Flensburger Sparkasse, die ARGE-Flensburg und die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH ihre Fachkompetenz zusammengeführt. Trotz Schufa-Blockaden sollen kleine Initiativen Selbständiger auch finanziell unterstützt werden, um so den Weg aus Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit zu erleichtern. Bei der Kreditanstellung für Wiederaufbau (KfW) fand die Initiative aus Flensburg viel Beifall. Chefin Ingrid Mattheus-Meyer sagte ihre Unterstützung zu. ■

SOZIALHILFE: REGELSATZ FÜR KINDER

Eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut in Schleswig-Holstein haben sich die sozialdemokratischen Minister Dr. Gitta Trauernicht (Soziales) und Uwe Döring (Arbeit) zum Ziel gesetzt. Sie fordern einen kinderspezifischen Regelsatz der Sozialhilfe.

Als problematisch bezeichnen beide den derzeitigen Regelsatz in der Sozialhilfe, weil er lediglich einen prozentualen Anteil des für Erwachsene ermittelten Bedarfs zugrunde lege. Die Praxis lehre, dass das Geld für eine ausreichende Schulausstattung beispielsweise nicht reiche und dass eine Teilnahme am Mittagessen in der Schule oder Kita von dem täglichen Satz für Ernährung nicht bezahlt werden könne. ■

MEHR BAFÖG

Ein großer Durchbruch ist der SPD-Fraktion in Berlin gelungen: Der BAFÖG-Bedarfssatz für Studierende und Schüler aus einkommensschwachen Familien wird zum Wintersemester 2008/2009 um zehn Prozent, die Einkommensfreibeträge der Eltern um acht Prozent erhöht. Bundestagsabgeordneter Dr. Ernst Dieter Rossmann: „Das war ein langer Kampf. Die CDU wollte noch vor einiger Zeit das BAFÖG in seiner jetzigen Form ganz abschaffen.“ Außerdem bekommen BAFÖG-Empfänger mit Kindern ab nächstem Jahr erstmalig einen Betreuungszuschlag von monatlich 113 Euro für das erste und 85 Euro für jedes weitere Kind. Kontraproduktiv findet Rossmann die Einführung von Studiengebühren in den meisten CDU-regierten Bundesländern. Rossmann: „Wir lehnen Studiengebühren als Angriff auf die Chancengleichheit in der Bildung und Studierhemmnis ab.“ ■

TERMINE

- 1. Dezember, 10 Uhr Außerordentlicher Kreisparteitag und Kreiswahlkonferenz Ostholstein. Grömitz, Strandhalle.
- 5. Dezember, 14.30 Uhr Ehrenamt und Menschen mit Behinderungen. Mit Silvia Schmidt, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Wilhelm Witt (SoVD). Ellerhoop, Gartenbauzentrum Thiensens.
- 5. Dezember, 19 Uhr „Arbeitslosengeld, Mindestlohn, Niedriglohn“. Mit Gabriele Hiller-Ohm und Franz Thönnies, MdB. Ratzburg, Wittlers Hotel.
- 6. Dezember, 18 Uhr „Wie können wir den Klimawandel stoppen?“ Mit Franz Thönnies, Bettina Hagedorn, MdB, Konrad Nabel, MdL. Bad Oldesloe, Haus Bella Donna.
- 6. Dezember, 18 Uhr Auslandseinsätze der Bundeswehr. Dr. Hans-Peter Bartels, MdB. Universität Kiel.
- 6. Dezember, 19.30 Uhr „Freiwillige vor! Alternativen zu Wehr- und Zivildienst“. Mit Sönke Rix und Ernst Dieter Rossmann, MdB. Elmshorn, „Stromhaus“.
- 11. Januar 2008, 19 Uhr Meldorfer Schnack zum Thema „Bürgerrechte in einer bedrohten Welt“, mit Jörn Thießen, MdB. Meldorf, „Hotel Zur Linde“.
- 12. Januar 2008, 11 Uhr 100 Jahre SPD in Trittau, mit Hubertus Heil.
- 13. Januar, 10 Uhr Kreisparteitag und Kreiswahlkonferenz Steinburg. Lägerdorf, Liliencronschule.
- 15. Januar, 19 Uhr Neujahrsempfang des SPD-Landesverbands und der SPD-Landtagsfraktion (auf Einladung).
- 20. Januar, 11 Uhr Neujahrsempfang SPD Segeberg, Bad Segeberg, Antikschuppen.
- 25. Januar 2008, 18 Uhr Neujahrsempfang der SPD Ostholstein. Neustadt, Hans Rahlfs Haus (Ameos).
- 26. Januar 2008, 10 Uhr Afa-Neujahrsempfang mit Lothar Hay, MdL. Meldorf, „Erheiterung“.
- 26. Januar 2008, 10 Uhr Kreisparteitag und Kreiswahlkonferenz Stormarn. Bargtheide, Ganztageszentrum.

GEMEINSAM FÜR MINDESTLÖHNE

SPD und Gewerkschaften wollen ihre Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein darauf konzentrieren, Dumpinglöhne zu beseitigen und gemeinsam für Mindestlöhne zu kämpfen. Nach der Sitzung des SPD-Gewerkschaftsrates erklärten SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner und der Chef des DGB-Bezirks Nord,

**ARBEITNEHMER-
EMPFANG
24. April
Kiel, Legienhof**

Peter Deutschland: „Wer voll arbeitet, darf nicht von Arbeit arm werden, sondern muss von seinem Lohn leben können. Das ist eine Frage der Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitages in Hamburg seien ein gutes Signal für eine engere und bessere Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften. Darauf soll nun aufgebaut werden. Der SPD-Gewerkschaftsrat will in Aktionen in vielen Städten und Gemeinden des Landes die Themen Mindestlöhne, Tariftreue und gute Arbeit thematisieren.

SPD und Gewerkschaften wollen sich gemeinsam gegen den Rechtsextremismus stellen. Ziel sei es, rechtsextremen Parteien im bevorstehenden Kommunalwahlkampf vor Ort entschieden entgegen zu treten.

Ralf Stegner kündigte an, dass die SPD 2008 im Vorfeld des 1. Mai wieder einen Arbeitnehmer-Empfang ausrichten wird. ■

EIN KÄMPFERISCHER FREUND

Franz Müntefering hat sich aus dem Bundeskabinett zurückgezogen. Sein Rücktritt kam unerwartet – vielleicht, weil uns die Medien nur den „Parteisoldaten“, nicht den Menschen Franz Müntefering näher gebracht haben. Um so mehr verdient seine Entscheidung, jetzt seiner Frau zur Seite stehen zu wollen, unseren Respekt.

Franz Müntefering hat sich große Verdienste um Deutschland und die Sozialdemokratie erworben. Für uns in Schleswig-Holstein war er immer ein kämpferischer Freund. Kein anderer Bundespolitiker hat bei uns im Norden in den letzten Jahren so viel Präsenz gezeigt, wie Franz. Und das gerade dann, wenn die politische Wetterlage ungemütlich war, wenn es schwierige Entscheidungen zu vertreten galt. Dafür sprechen wir ihm unsere Hochachtung und unseren Dank aus.

Als Minister hat er erfolgreich unsere Politik vertreten. Dies wird auch in den Beschlüssen des letzten Berliner Koalitionsausschusses deutlich.

- Ältere erhalten länger Arbeitslosengeld.
- Es gibt zusätzliche Maßnahmen zur Integration Älterer in den Arbeitsmarkt.

- Wir entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken.
- Wir kämpfen weiter für den Mindestlohn – auch wenn die CDU blockiert.



Wir sind enttäuscht über den Wortbruch der Bundeskanzlerin. Die unseriösen Angebote der Union, die Tarifautonomie zu unterlaufen, haben die Vertreter der SPD im Koalitionsausschuss zurecht zurückgewiesen.

Die Union hat dem Druck einer mächtigen Unternehmenslobby nachgegeben und das Ziel des Schutzes der Beschäftigten vor Löhnen, von denen man nicht leben kann, aufgegeben. Die SPD wird hier weiter kämpfen, denn es ist eine Perversion der sozialen Marktwirtschaft, dass der Staat mit Sozialleistungen einspringen soll, wo sich die Wirtschaft weigert, menschenwürdige Löhne zu zahlen.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender

KOMMUNALPOLITIKER GEGEN STELLENABBAU BEIM LAND

Andreas Breitner bleibt Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein (SGK). Die Mitgliederversammlung am 3. November in Itzehoe bestätigte den Rendsburger Bürgermeister in geheimer Wahl einstimmig im Amt. Der 40-Jährige ist auch stellvertretender SPD-Landesvorsitzender

Ebenfalls wiedergewählt wurden seine Stellvertreter, der Kreistagsabgeordnete Ingo Degner aus Schleswig-Flensburg und die Stadtver-

treterin Sybille Hahn aus Norderstedt.

Der SPD-Landesvorsitzende, Innenminister Dr. Ralf Stegner, stimmte die Anwesenden mit einer Rede auf den anstehenden Kommunalwahlkampf ein.

Die SGK lehnt eine Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten ab. „Die Elternbeteiligung ist unsozial, ungerecht und schwächt den ländlichen Raum. Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, welchen Bildungsweg die Kinder einschlagen können“, kritisierte Andreas



Ingo Degner, Sybille Hahn und Andreas Breitner.

Breitner. Einmütig wenden sich die Kommunalpolitiker der SPD gegen die von der CDU angekündigte Streichung von 5000 Stellen im Landeshaushalt. Dies führe zu einem Abbau von Bildungsstandards und einer Gefährdung der Inneren

Sicherheit in Schleswig-Holstein. „Die CDU soll konkret sagen, welche Schule in Schleswig-Holstein mit weniger Lehrern und welche Stadt oder Gemeinde mit weniger Polizei auskommen muss“, forderte Andreas Breitner. ■

WIR GRATULIEREN IM DEZEMBER UND JANUAR

ZUM 98. GEBURTSTAG:

Paula Bebensee, Flensburg
Lotte Dechau, Lübeck

ZUM 96. GEBURTSTAG:

Heinrich Heike, Barsbüttel
Wolf Maslankowski, Norderstedt
Alida Meyer, Dassendorf
Albert Nolte, Harrislee

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Wera Schneider, Lübeck

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Wilma Käfer, Ahrensburg
Heinrich Klawes, Geesthacht
Else Staack, Bordsesholm

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Paul Hinze, Bad Oldesloe

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Karl Höppner, Klamp

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Camilla Brandts, Büsum

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Anni Gaßmann, Lübeck
Siegfried Höftmann, Pinneberg
Efstathios Loizos, Geesthacht
Otto Ludzuweit, Heikendorf
Minna Tausendfreund, Osterörfeld

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Ernst Butzke, Plön

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Inge Godbersen, Niebüll

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Julius Plötz, Brunsbüttel

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Werner Völsing, Lübeck

DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM

Sie war die „Präsidentin der Herzen“, Bundespräsidentin wurde 2004 mit knapper schwarze Mehrheit ein anderer. Für Gesine Schwan ging das

der SPD in Schleswig-Holstein in die Kieler Universität zu kommen.

In ihrem Vortrag zu den sozialdemokratischen Grundwerten betonte Schwan, es

mehr Verantwortung übernehmen, denn „eine Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit ihrem Gemeinwesen identifizieren!“

Vor gut 150 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten analysierte der Bonner Parteienforscher Prof. Frank Decker die durch das mittlerweile stabile Fünf-Parteien-System veränderte Lage der deutschen Politik.

Es werde auf Bundesebene kaum noch vorkommen, dass – jenseits großer Koalitionen – zwei Parteien gemeinsam eine Regierungsmehrheit stellen können. Hieraus ergäben sich völlig neue Anforderungen für die Arbeit im Parlament. Wenn große Koalitionen nicht der Regelfall werden sollen, müssten sich die Parteien auch auf Dreierkoalitionen und Minderheitsregierungen einstellen. ■



Der Kieler Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels (Mitte) moderierte die Diskussion mit Gesine Schwan und Frank Decker.

politische Leben weiter – als Politikwissenschaftlerin, als Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und als Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch-polnischen Beziehungen. Eine Woche nach dem Hamburger Programm- parteitag fand sie Zeit, zum zweiten Zukunftskongress

gehe heute letztlich nicht nur um Demokratie als politisches System, sondern als „Lebensform“. Alle Bürger sollten auch in ihrem konkreten Tätigkeitsbereich, etwa durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz, mehr teilnehmen an Entscheidungen, die alle betreffen. Die Menschen müssten dann auch

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Bei einem Treffen dänischer und deutscher Sozialdemokraten in Apenrade, einigten sich die Teilnehmer auf eine enge Kooperation in Fragen des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes und der Hafenkooperation. Damit wurden erstmals auf der SPD-Landesebene konkrete Projekte vereinbart. Das Treffen kam auf Einladung der dänischen Sozialdemokraten aus der neuen großen Region Süddänemark zustande. Aus Schleswig-Holstein nahmen die Landtagsabgeordneten Rolf Fischer (Foto: rechts) und Astrid Höfs (2. v.r.) sowie Landesvorstandsmitglied Birte Pauls teil. Links der dänische Folketingskandidat Benny Engelbrecht. ■



SEMINARE

SEMINAR FÜR KANDIDATEN/ KANDIDATINNEN

Schwerpunkt Persönlichkeitsbildung, Öffentlichkeitsarbeit; argumentieren, überzeugen.

15. und 16. Februar 2008 in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente, Beginn Freitag 18 Uhr, Ende Sonntag 16 Uhr
Kostenbeitrag: 50 € (incl. Material, Übernachtung und Verpflegung).

SEMINARE FÜR NEUE MITGLIEDER

in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente
14. bis 16. März 2008
13. bis 15. Juni 2008

14. bis 16. November 2008
Beginn Freitag 18 Uhr, Ende Sonntag 14 Uhr, Kostenbeitrag: 35 € (Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte).

KOMMUNAL-AKADEMIE SCHLESWIG-HOLSTEIN 2008

Ein Qualifizierungsangebot für kommunalpolitischen Nachwuchs. Das Trainingskonzept basiert auf drei Bausteinen: 1. Sachkompetenz, 2. Methoden- und Prozesskompetenz, 3. „Kamingespräch“ mit Parteiprominenz.

20. bis 22. Juni 2008

19. bis 21. September 2008

10. bis 12. Oktober 2008

7. bis 9. November 2008

Beginn Freitag 18 Uhr, Ende Sonntag 14 Uhr, Kostenbeitrag: 140 € (Schüler, Studenten, Arbeitslose zahlen die Hälfte)

Anmeldung: Elfriede Marx

elfriede.marx@spd.de

Tel. 04 31/9 06 06-46

Fax: 04 31/9 06 06-41

SGK-SEMINARE

ERFOLGREICH IN DER KOMMUNALPOLITIK

■ 16. und 17. Februar 2008
Finanzordnung und Kommunalhaushalt. Nordkolleg Rendsburg.

■ 15. und 16. März 2008
Kommunale Bauleitplanung. Nordkolleg Rendsburg.

Die Seminare beginnen jeweils am Sonnabend um 10 Uhr und enden am Sonntag nach dem Mittagessen. Die Kosten je Wochenende betragen 75 €, SGK-Mitglieder zahlen die Hälfte.

Anmeldung: Gerhard Schulz, Tel. 0 46 21/27 110, Fax 0 46 21/293 45, sgk-landesverband-sh@spd.de

11. POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Mit Ralf Stegner. 

6. Februar 2008
18.11 Uhr
Tonhalle Marne

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)

www.spd-sh.de